



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/195 - 30. August 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Hoffnung - trotz Beschämung</u> Unser Volk ist besser als der zur Zeit noch amtierende Bundeskanzler	56
2	<u>Die Belgrad-Konferenz und die UNO</u> Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	45
3 - 4	<u>Reformbedürftige Agrarpolitik</u> Was erwartet die deutsche Landwirtschaft von der neuen Bundesregierung Von Staatssekretär Dr. T. Eröscher - Wiesbaden	62
5 - 5a	<u>Reuchlerisch</u> Zum Moskauer Verlangen nach einer Kolonialdebatte in den Vereinten Nationen	50
5a	<u>Verbundenheit</u> Stärkt die Bande mit Berlin	20
6	<u>Sie können es nicht lassen</u> Zu einem Flugblatt des "Deutschen Industrieinstitute"	32

\* \* \*  
\* \*

Hoffnung - trotz Beschämung

Unser Volk ist besser  
als der zur Zeit noch amtierende Bundeskanzler

sp - In die tiefe Beschämung über die Entgleisungen Dr. Adenauers in seinen Wahlkampfreden am Dienstag dieser Woche drängt sich die Hoffnung, daß unser Volk endlich erkennt, wie wenig der bald 86-jährige Bundeskanzler in der Lage ist, die Realitäten der Gegenwart zu überschauen. Fast ausnahmslos hat die deutsche Presse die unqualifizierten Angriffe dieses Mannes auf die SPD und Willy Brandt mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.

Damit bewahrheitet sich das Wort von Erich Ollenhauer, der an dieser Stelle vor einigen Tagen schrieb:

- \* "Wir können feststellen, daß dieses Volk politisch mündig geworden
- \* ist. Es hat durch das brennende Interesse und durch die leidenschaftliche Anteilnahme, mit der es die Vorgänge in und um Berlin verfolgt und als sein eigenes Anliegen erkennt, aller Welt bewiesen, daß die Legende von der politischen Lethargie einer im Wirtschaftswunder-Wohlstand verfallenen Masse politisch völlig falsch und irreführend ist".

Ollenhauer schrieb dies vor den perfiden Unterstellungen Adenauers. Heute kann gesagt werden, daß sich dieser Satz des SPD-Vorsitzenden auch auf die Reaktion der wohl überwältigenden Mehrheit unseres Volkes gegenüber den Entgleisungen Adenauers bezieht.

Auch andere Zeichen des Verständnisses für die Situation unseres ganzen Volkes sind in diesen Tagen sichtbar geworden. Bundespräsident Dr. Heinrich Lücke hat seinen Urlaub abgebrochen und sich sofort nach Berlin begeben, um an Ort und Stelle in Gesprächen mit dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt und anderen Politikern der deutschen Hauptstadt, sowie durch Besichtigungen der vermauerten Sektorengrenze den unmittelbaren Eindruck von den jüngsten Geschehnissen zu gewinnen. Wir beglückwünschen den Bundespräsidenten zu dieser Haltung; sie erscheint uns als der Ausdruck der brennenden Sorge um die Zukunft unseres Volkes.

30. August 1961

Auch Bundestagspräsident Dr. Eugen Garstenmaier fand, im Gegensatz zu Dr. Adenauer, in diesen Tagen das richtige Wort, als er in Siegen eine Ehrenerklärung für das Verhalten der SPD und besonders ihres stellvertretenden Vorsitzenden Herbert Wehner in der akuten Berlinkrise abgab.

Auch aus anderen Gebieten der Bundesrepublik wird uns ähnliches berichtet.

Ungerührt und unbewegt ist von den Geschehnissen der zur Zeit noch antierende Bundeskanzler, der auch jetzt nichts anderes zu tun weiß, als genauso wie vor der Wahl 1953 und 1957 die große und zuverlässige Deutsche Sozialdemokratie mit üblen Verleumdungen und Unterstellungen in den Augen unseres Volkes und der Welt abzuwerten. 1953 war es die später durch Gerichtesbeschuß als unwahr erwiesene Behauptung, zwei Bundestagskandidaten der SPD hätten vom Osten Geld für ihre Wahlpropaganda erhalten (Schroth-Scharley). 1957 war die SPD der "Untergang Deutschlands". Jetzt - in Hagen und Gelsenkirchen - wird sogar Chruschtschow berührt; derselbe Mann, von dem Adenauer nach einem Gespräch mit Sowjetbotschafter Smirnow erklärte, er glaube daran, daß der Kreml-Chef die Bundesrepublik und Westberlin unangetastet lassen werde ...

Vor dieser Art von "Politik" muß unser Volk geschützt werden. Es hat nicht verdient, daß man es wie eine unmündige Masse behandelt. Die Sozialdemokratie hat Vertrauen in den gesunden Instinkt unseres Volkes und ist deshalb nicht bereit, sich auf das Niveau zu begeben, das der Parteivorsitzende der CDU jetzt betreten hat. Wenn Herr Adenauer sich dort wohlfühlt, dann soll er das mit sich und seinen politischen Freunden ausmachen. Wir sind überzeugt, daß unser Volk ein besseres Schicksal verdient hat, als sich in der politischen Gosse herumwälzen zu lassen.

+ +  
+

## Die Belgrad-Konferenz und die UNO

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Mag auch für die deutsche Öffentlichkeit der Ausgang der Berlin-Diskussion auf der Belgrader Gipfelkonferenz der blocklosen Staaten verständlicherweise im Mittelpunkt des aktuellen Interesses stehen, sollte man trotzdem nicht übersehen, dass weder die Deutschland- noch Berlinfrage das zentrale Problem dieses Treffens sind. Das weitergesteckte Konferenzziel, der Welt einen neuen kriegerischen Konflikt zu ersparen, wird sicherlich auch zur Behandlung dieser Fragen herausfordern. Aber wie der jugoslawische Aussonminister Popović erst unlängst nochmals betonte, ist das Zustandekommen der Konferenz Ergebnis permanenter Tendenzen in der gegenwärtigen Welt, weswegen man konkrete Antworten und insbesondere Lösungsvorschläge zu aktueller tagespolitischer Fragen nicht unbedingt erwarten sollte.

Das eigentliche Anliegen der Konferenz, oder zumindest ihrer Initiatoren Tito, Nasser und Sukarno, ist prinzipieller Natur. Die aus der zerbröckelnden Kolonialmasse entstandenen jungen Staaten, vor eine Vielzahl ähnlicher Entwicklungsprobleme gestellt, sollen trotz ihrer wirtschaftlich-militärischen Unbedeutendheit zu einem aktiveren Faktor in der Weltpolitik werden. Hatten auch schon bislang die mahnenden Stimmen einiger Neutralen, insbesondere Nehrus, um deren Unterstützung bzw. Wohlwollen sich West und Ost gleichermaßen bemühen, ein grosses moralisches Gewicht, soll dies jetzt stärker in den realpolitischen Bereich übertragen werden. Dafür gibt es jedoch in Anbetracht der wirtschaftlich-militärischen Gegebenheiten nur einen Weg: eine stärkere Koordination der Ansichten der blockfreien Staaten, um in der UNO, wo allein die vollberechtigten Teilnehmer der Konferenz 1/4 aller Mitglieder der Weltorganisation zählen, mit mehr Aussicht auf Erfolg auftreten zu können.

Wie weit die Belgrader Konferenz ihre Teilnehmer diesen Ziele tatsächlich näherbringt, wird erst bei deren zukünftigen Auftreten in der UNO aufs Exempel gestellt werden können. Denn mag auch in vielen Fragenbereichen (Antikolonialismus - Abrüstung - Entwicklungshilfe - Milderung des West-Ost-Gegensatzes) prinzipielle Einigkeit herrschen, waren doch bisher die Ansichten der verschiedenen Teilnehmerstaaten zur Verwirklichung dieser Ziele nicht stets auf einen Nenner zu bringen. Nicht zufällig tauchten wohl auch deswegen in Belgrad kurz vor Konferenzbeginn Vermutungen auf, die Konferenz beabsichtige, ein ständiges Sekretariat zu schaffen, dem sicherlich nur die Aufgabe der Koordination der Politik der 24 Konferenzstaaten im Hinblick auf ein gemeinsames Auftreten in der UNO zugefallen wäre. Offizielle jugoslawische Stellungnahmen liessen jedoch den Eindruck entstehen, dass es zu einer solchen Institutionalisierung der blockfreien Politik wohl nicht kommen werde. Kann dies als möglicher Hinweis auf die vorhandenen Meinungsunterschiede unter den Neutralen selbst verstanden werden, besagt es noch nicht, dass das Koordinierungsanliegen nicht auch ohne eine ständige Institution in Belgrad ein Stück vorangebracht wird.

Reformbedürftige Agrarpolitik

Von Staatssekretär Dr. T. Tröscher - Wiesbaden

Aus wahltaktischen Gründen hat es die Bundesregierung versäumt, dem Landvolk klare und eindeutige Antworten auf die grossen agrarpolitischen Fragen zu geben, die sich aus der Entwicklung zum Gemeinsamen Europäischen Markt ergeben. Die SPD legt dagegen Vorschläge für eine Besserstellung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen vor, die dort, wo die Entscheidung in der Hand der SPD war, bereits in die Tat umgesetzt sind. Der Generalnenner der sozialdemokratischen Agrarpolitik lautet: "Die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Lage der gesamten Landbevölkerung ist zu verbessern".

Die deutsche Landwirtschaft hat in den vergangenen 12 Jahren ungeheure Leistungen vollbracht und dadurch entscheidend dazu beigetragen, dass die Deutsche Bundesbank derartige Devisenüberschüsse ansammeln konnte. Die Voraussetzungen für die Agrarpolitik haben sich jedoch gegenüber 1950 radikal geändert. Der Mangellage von damals verwandelte sich in ein Überproduktion ; dem Verbrauch von kohlenhydratreichen Nahrungsmitteln von damals steht der wachsende Verbrauch von Veredelungszeugnissen heute gegenüber. Die Landwirtschaft kann ihre Marktchancen nur verbessern, wenn die Massenkaufkraft entscheidend weiter verbessert wird, wenn sie die Produktion auf die steigende Nachfrage nach hochwertigen Nahrungsmitteln konzentriert, wenn sie durch Betriebsvereinfachung, Spezialisierung und Mechanisierung zu rationellen Erzeugungsbedingungen kommt, und wenn durch genossenschaftlichen Zusammenschluss dem Erzeuger ein grösserer Anteil am Verbraucherpreis gesichert wird.

Zur Hebung der Massenkaufkraft muss daher die neue Bundesregierung nachhaltig auf die Erhaltung der Vollbeschäftigung und eine Erhöhung der kleinen Einkommen hinwirken, insbesondere auch durch eine Reform des Steuersystems.

Zur Rationalisierung der Erzeugung muss die neue Bundesregierung ein langfristiges umfassendes Investitionsprogramm für die Landwirt-

schaft aufstellen und hierfür Kredite zu für die Landwirtschaft tragbaren Bedingungen in Höhe von 1 Prozent Zinsen und 2 Prozent Amortisation bereitstellen.

Zur Förderung der genossenschaftlichen Erfassungs-, Verarbeitungs- und Absatzeinrichtungen muss die neue Bundesregierung die landwirtschaftlichen Genossenschaften in die Förderungsmaßnahmen einbeziehen und die gesetzlichen Voraussetzungen für eine wirksame genossenschaftliche Arbeit schaffen.

Um die Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, den bedeutsamen Umstellungsprozess in grossem Umfange aus eigener Kraft zu bewerkstelligen, muss durch Marktordnungsmaßnahmen ein stabiles Preisniveau gehalten werden. Die Agrarpreise müssen sich auf einer Höhe befinden, die eine industriegleiche Entlohnung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen und eine normale Verzinsung und Amortisation des investierten Kapitals ermöglicht. Globalsubventionen für die Landwirtschaft müssen in dem Umfang wegfallen, wie die Preisfrage im Rahmen der EWG gelöst wird, zumal durch die Globalsubventionen in jedem Fall die grösseren und die durch Klima und Boden begünstigten Betriebe auf Kosten der übrigen bevorzugt werden. An ihrer Stelle sind in verstärktem Umfang solche gezielten Maßnahmen und Subventionierungen durchzuführen, durch die die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen innerhalb der deutschen Landwirtschaft abgebaut und für alle bäuerlichen Betriebe zeitgemässe Produktionsgrundlagen geschaffen werden.

In Mittelgebirgen müssen darüberhinaus die Einkommensverhältnisse durch Grundförderungsbeiträge verbessert werden, da für die Erhaltung dieser Gebiete als Kulturlandschaft preispolitische Maßnahmen nicht genügen.

Die gesamte Agrarpolitik muss von der neuen Bundesregierung weiterentwickelt werden zu einer umfassenden Landentwicklungspolitik, deren Ziel es sein muss, die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Lage der gesamten Landbevölkerung zu verbessern. Das Leben auf dem Lande muss wieder lebenswert gemacht werden. In diesem Geist marschiert das Landvolk mit der SPD.

Keuchlerisch

ler - In einem Brief des sowjetischen Aussenministers Gromyko an das Generalsekretariat der Vereinten Nationen wünscht die Sowjetunion die Wiederaufnahme der im Dezember vergangenen Jahres unterbrochenen Debatte über den Kolonialismus, unter dem, folgt man der sowjetischen Version, immer noch mehr als 70 Millionen Menschen schmachtet.

- \* "Ihnen werden die demokratischen Rechte und Freiheiten vorenthal-
- \* ten, sie werden daran gehindert, ihre Länder selbst zu verwalten
- \* und darüber hinaus werden sie einer ... Diskriminierung ausge-
- \* setzt ... Die Maßnahmen der Kolonialmächte ... stellen eine Her-
- \* ausforderung an die Vereinten Nationen, eine Bedrohung des Welt-
- \* friedens und der internationalen Sicherheit dar."

Der Brief enthält einige Wahrheiten. Man braucht nur etwa an Portugal zu denken, das nicht begriffen hat, dass das Zeitalter des Kolonialismus endgültig vorbei ist. Andere Kolonialmächte haben es begriffen; sie gaben ihren Kolonien die Freiheit oder sind dabei, es zu tun, ihr Geschick in die eigene Hand zu nehmen und sich selbst zu verwalten. In den Teilen der Welt, in denen diese Kolonialmächte einst dominierten, entstanden und entstehen neue selbständige Staaten. Die Losung des Selbstbestimmungsrechtes erwies sich als eine unaufhaltsame dynamische Kraft, die alte Herrschaftsformen zerbrach.

Die Sowjetunion, die einst unter Lenin das Selbstbestimmungsrecht als revolutionäres Prinzip verkündete, ihren Republiken sogar das Recht auf Austritt aus dem Sowjetverband zusprach, hat seitdem das Rad der Geschichte zurückgedreht. Sie verhält sich heute wie die damals noch ungeschlagenen, auf neue Beute ausgehenden Kolonialmächte des 19. Jahrhunderts. Die Machtgier des neuen sowjetischen Imperialismus kennt keine Grenzen. Er missachtet im eigenen Bereich die Grundsätze, die er ausserhalb als Ordnungsprinzip proklamiert. Den asiatischen und afrikanischen Völkern verkündet er das Recht auf Selbstbestimmung, in Europa tritt er es mit Füßen, in den Vereinten Nationen werfen sich seine Sendboten zum unerbittlichen Ankläger gegen den Kolonialismus auf, gleichzeitig schalten und walten die von Moskau eingesetzten Statthalter auf deutschem Boden schlimmer als die schlimmsten Kolonialherren von ehemals. Sie missachten die Menschenrechte, verletzen vertraglich eingegangene Verpflichtungen, als wären sie ein Fetzen Papier und verweigern einem grossen Volk das Recht, so zu leben und seine innere Ordnung so zu gestalten, wie es ihm am besten entspricht. In Afrika, Latein-

30. August 1961

Amerika und Asien verkündet Moskau die Demokratie, in Berlin, um die Demokratie und um das natürlichste Gefühl eines Volkes, wieder beisammenzusein, nicht wirksam werden zu lassen, errichten sie chinesische Mauern und Stacheldrahtverhaue - sie benehmen sich wie die verhasstesten Gegner im besetzten Feindgebiet.

Gromykos Wunsch nach einer Kolonialdebatte in den Vereinten Nationen sollte erfüllt werden. An geeignetem aktuellem Diskussionsstoff fehlt es nicht. Der 13. August und die ihm folgenden Ereignisse liefern eine unerschöpfliche Quelle an Argumenten für die Entlarvung einer geschichtlich beispiellosen Hauckelei, die darin besteht, dass sich der sowjetische Imperialismus die Rolle eines Anklägers anmaßt. Es dürfte nicht schwer sein, bei einer solchen Debatte einen Rollenwechsel herbeizuführen.

+ + +

#### Verbundenheit

sp - Eine tiefe Erschütterung geht durch unser Volk. Ein neues dunkles Blatt in der deutschen Nachkriegsgeschichte hat sich aufgetan. Viele, die bisher gleichgültig dahinlebten, sind aufgerüttelt worden. Die Bedrohung Berlins trifft den Lebensnerv der deutschen Nation. Wer es nicht wusste, spürt es in diesen Tagen und Wochen. Jetzt beginnt die eigentliche Bewährungsprobe, jetzt muss der Beweis erbracht werden, dass wir ein Volk sind, das seinen inneren Zusammenhang nicht zerreißen lässt. Auf vielfache Weise kann dies geschehen, unter anderen auch und gerade dadurch, dass wir auf allen möglichen Ebenen den unmittelbaren Kontakt mit Westberlin vertiefen und erweitern. Etwas in dieser Richtung geschieht schon. So hat der Bundesjugendring beschlossen, mehr Verbandstagungen in Westberlin abzuhalten. Er hat darüber hinaus Jugendliche aus dem In- und Ausland aufgefordert, sich durch Augenschein persönlich über Berlin zu unterrichten. Das ist ein gutes Beispiel. Möge es von vielen befolgt werden. Berlin braucht sichtbare Bekundungen unzerreissbarer Verbundenheit mit dem in Freiheit lebenden Teil des deutschen Volkes. Hier kann es nicht genug Kontakte geben, schon um die von Ulbrichts Schergen in die Welt gesetzte Legende zu zerstören, die Deutschen hätten sich mit dem Berlin zugedachten Los abgefunden.

+ + +

Sie können es nicht lassen

F.Z. - Wieder mischen sich jene Kreise in die grosse politische Auseinandersetzung (per Lohntütenbeilage!) ein, die jeweils vier Jahre lang mit Entrüstung gegen die von den Sozialdemokraten angeblich betriebene "Politisierung der Betriebe" Stellung nehmen.

Das "Deutsche Industrieinstitut" verschickte in den letzten Wochen ein Rundschreiben an westdeutsche Unternehmer, dem ein Flugblatt "Die Lohntüte in West und Ost" beigelegt war. - Damit niemand auf den Gedanken kommt, dass es sich hierbei um einen Beitrag der Unternehmerseite in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen West und Ost handelt, heisst es in dem Rundschreiben wörtlich:

"Dieses Flugblatt gehört in die Hand eines jeden Arbeitnehmers. Vor den Wahlen zum Bundestag ist es wichtig, den Arbeitnehmer auf den Unterschied zwischen der sozialistischen Planwirtschaft und freien Marktwirtschaft hinzuweisen."

Und für den, der es denn immer noch nicht begriffen hat, zu wessen Gunsten hier von Unternehmerseite in den Wahlkampf eingegriffen wird, wird auf dem Flugblatt

"der Planwirtschaft des Kommunismus die soziale Marktwirtschaft des freien Westens"

als bessere Lebensweise gegenübergestellt.

Dieser Kunstgriff kann sich nicht gegen die Kommunisten richten. Die kommunistische Planwirtschaft steht ja bei den Bundestagswahlen nicht zur Diskussion, es gibt auch keine um Kandidatensitze bewerbende Partei, die für die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft eintritt. Wozu also das Flugblatt? Hier wird zum soundsovielsten Male das Schreckgespenst einer "Planwirtschaft" aufgezaunt, um ängstliche Gemüter zur Stimmabgabe für die CDU/CSU zu veranlassen.

Vermeintlich geschickt von den Herren des Deutschen Industrieinstituts, aber nicht geschickt genug; denn so dunkel wie sie die westdeutschen Arbeitnehmer einschätzen, sind diese dank der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit in den Betrieben nun auch wieder nicht!

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel